Erzbischof Ludwig Schick reist auf die Philippinen

6. Juni 2017

Bonn (KNA) Der Vorsitzende der Kommission Weltkirche der Deutschen Bischofskonferenz, der Bamberger Erzbischof Ludwig Schick, bricht am Pfingstmontag zu einer Reise auf die Philippinen auf.

Bis zum 11. Juni will er sich „ein persönliches Bild von der derzeit angespannten politischen Lage machen und die Solidarität mit der Kirche in den gesellschaftlichen Konflikten zum Ausdruck bringen“, wie am Freitag die Deutsche Bischofskonferenz in Bonn mitteilte. In dem Land leben den Angaben zufolge schätzungsweise fast 90 Millionen Katholiken. Mit seinem Besuch beabsichtige Schick, „das Engagement der Ortskirche zur Überwindung des vielfach vorherrschenden Klimas der Gewalt und des Tötens zu unterstützen“, hieß es. Der Erzbischof werde Angehörige von Opfern des „Krieges gegen Drogen“ treffen und mit ihnen einen Gottesdienst feiern. Außerdem sollen die „positiven Beispiele des christlich-muslimischen Dialogs auf dem Weg der gewaltlosen Konfliktüberwindung gewürdigt werden“.

Der philippinische Präsident Rodrigo Duterte hatte unlängst das Kriegsrecht über die Inselgruppe Mindanao verhängt. Gegenwärtig liefern sich dort Regierungstruppen mit islamistischen Rebellen blutige Gefechte. Im sogenannten Krieg gegen Drogen sind seit dem Amtsantritt des Präsidenten Menschenrechtlern zufolge schon mehr als 8.000 angebliche Drogenkriminelle auf offener Straße erschossen worden. Scharfe Kritik daran war auch von der Kirche gekommen. Auf Schicks Besuchsprogramm stehen unter anderem Gespräche mit Diplomaten sowie mit Vertretern der katholischen Bischofskonferenz der Philippinen.

In einem Armenviertel der Hauptstadt Manila wird die Delegation Menschen begegnen, die ökonomisch und sozial an den Rand gedrängt sind. Ein Schwerpunkt der Reise sind den Angaben zufolge auch Kontakte mit Organisationen, die sich für soziale Entwicklung, Menschenrechte und Umweltschutz engagieren. „Möglichkeiten und Hindernisse für eine Kooperation staatlicher, kirchlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure in der Entwicklungszusammenarbeit, beispielsweise bei der Krisenvorsorge im Bereich der Klimaerwärmung, sollen ausgelotet werden“, hieß es. Zudem sollen die Rechte von Minenarbeitern und die ökologischen Probleme in den vom Rohstoff-Abbau besonders betroffenen Gebieten thematisiert werden.

(KNA – rkqkm-89-00163)

Stand: 23. November 2026